

285146-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Ingenieurbüros – Sanierung der techn. Infrastruktur und Verkehrswege der Justizvollzugsanstalt Saarbrücken, hier: Technische Infrastruktur (Elektrotechnik), Anlagengruppen 4-5

OJ S 85/2025 02/05/2025

**Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen**

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Das Saarland, vertr. durch das Ministerium für Inneres, Bauen und Sport, vertr. durch das Landesverwaltungsamt (LAVA), Abt. 4 SHB – Staatliche Hochbaubehörde

E-Mail: vergabe@agsta.de

Rechtsform des Erwerbers: Regionale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Sanierung der techn. Infrastruktur und Verkehrswege der Justizvollzugsanstalt Saarbrücken, hier: Technische Infrastruktur (Elektrotechnik), Anlagengruppen 4-5

Beschreibung: Das Landesverwaltungsamt des Saarlandes (LAVA) beabsichtigt die Sanierung der techn. Infrastruktur und Verkehrswege in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Saarbrücken.

Hierfür werden die Planungsleistungen der Technischen Ausrüstung gem. § 55 HOAI vergeben. In der JVA Saarbrücken soll die komplette Elektrotechnische Infrastruktur erneuert werden. Es wird eine neue Trafostation für die Versorgung der Liegenschaft an einem neuen Standort erforderlich, da die bestehende Anlage (2 Stück 630 kVA Transformatoren) parallel bis zur kompletten Umschaltung auf die neue Anlage betrieben werden muss. Für die Auslegung der Trafostation ist eine Neuberechnung der Gesamtleistung der JVA inkl. neuer Großverbraucher, welche durch die Elektrifizierung der Küche bzw. der Wäscherei notwendig werden, erforderlich. Zusätzlich ist eine sortenreiche Einspeisung erneuerbarer Energien auf Erzeugerseite mittels Parkregler gem. VDE-AR-N-4105 bzw. 4110 (bei Leistungen ≥ 135 kW) zu beachten. Die Trafostation beinhaltet auch die Liegenschaftshauptverteilung für die Niederspannungsversorgung inkl. der Einbindung der neu zu errichtenden Netzersatzanlage (Altanlage 410kVA). Das komplette Niederspannungsnetz wird parallel neu aufgebaut. Hier sind Allgemein- und Ersatzstromleitungen in einem neu zu erstellenden Leerrohrnetz erforderlich. Die Gräben, Leerrohre und Schächte werden nach Vorgabe der elektrotechnischen Erfordernisse vom Planer für Ingenieurbauwerke und Verkehrsanlagen geplant und ausgeführt. Als Schnittstelle zu den Gebäuden wird niederspannungsseitig pro Gebäude ein neu zu errichtender Gebäudehauptverteiler errichtet. Die weitere Elektroinstallation in den Gebäuden wird nicht erneuert. Es ist ein Gesamtkonzept der Anbindung von derzeit 11 Gebäuden mit Allgemein- und Ersatzstrom zu erstellen. Weiter ist die DV Versorgung dieser Gebäude mittels Glasfaser über ein Leerrohrsystem zu betrachten. Die Bauausführung der Arbeiten ist in mehreren Bauabschnitten vorgesehen. Der erforderliche Anteil Tiefbau zur Herstellung des Leerrohrnetzes (Tiefbau nicht Teil der vorliegend ausgeschriebenen Leistung) ist derzeit in 4 Bauabschnitte aufgeteilt. Zusätzlich wird ein

Bauabschnitt zur Erstellung der Trafostation erforderlich. Nach Fertigstellung der kompletten Tiefbaumaßnahme kann das Leerrohrsystem genutzt werden. In einem letzten Bauabschnitt wird sowohl der Kabelzug der neuen Niederspannungsleitungen als auch der Anschluss der Gebäudehauptverteiler sowie der Rückbau der Altanlage durchgeführt werden. Des Weiteren werden alle, das beauftragte Ingenieurbüro und die anschließend beauftragten Firmen, von Seiten der JVA in Form einer unbeschränkten Auskunft aus dem Zentral- und Erziehungsregister gemäß § 15 Abs. 1 Nr. 1 SJVollzDSG i.V.m. § 41 Abs. 1 Nr. 1 BZRG sicherheitsüberprüft. Es dürfen aus Sicherheitsgründen keinerlei digitalen Geräte (Handys, Laptop, Tablet, Smartwatch oder dgl.) und keine SIM-Karten-fähigen Geräte sowie Kameras, u. ä. mit auf das Gelände genommen werden. Bilder dürfen nur mit Genehmigung der verantwortlichen Mitarbeiter der JVA gemacht werden und werden anschließend von ebendiesen kontrolliert. Die anrechenbaren Kosten für die erforderlichen Planungsleistungen der zuvor genannten Maßnahmen belaufen sich gemäß Kostenschätzung von 4.550.000 EUR auf 824.000 EUR (brutto). Die Kosten setzen sich aus 4.332.500 EUR der Anlagengruppe 4 und 217.000 EUR der Anlagengruppe 5 zusammen. Der AG schätzt die Leistungen in Honorarzone 3 der HOAI ein.

Kennung des Verfahrens: 5228104a-a1e1-4149-845c-4cc4d9bfda3b

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Justizvollzugsanstalt (JVA) Saarbrücken Lerchesflurweg 37

Stadt: Saarbrücken

Postleitzahl: 66119

Land, Gliederung (NUTS): Regionalverband Saarbrücken (DEC01)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: 1) Arbeitssprache ist deutsch. Anträge in anderer Sprache werden ausgeschlossen. 2) Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter. 3) Für den Teilnahmeantrag sind die auf subreport zur Verfügung gestellten Formblätter (FB) zu verwenden. Die FB sind um die geforderten Angaben und Nachweise zu ergänzen. Die Angaben sind wahrheitsgemäß zu machen. Änderungen des Bewerbers an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Inhaltliche Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig. Formale Erweiterungen können zulässig sein, sofern dies in den FB ausdrücklich zugelassen wird (z. B. Ergänzung weiterer Mitbewerber). Bewerber haben als Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung entweder: — die FB nebst beigefügten Nachweisen, — oder eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) (mit den vollständigen in der vorliegenden Bekanntmachung geforderten Inhalten, was vom Bewerber zu beachten ist) als vorläufigen Nachweis, vorzulegen. Bei Einsatz von anderen Unternehmen, Bietergemeinschaften (BG), usw. sind die Unterlagen/die EEE auch für diese anzugeben. BG's, die sich erst nach Einreichung eines Teilnahmeantrages gebildet haben, werden nicht zugelassen. Ein Wechsel der Identität des Bieters oder der BG ist nicht zugelassen. Nach Ablauf der Eingangsfrist eingehende Bewerbungen werden nicht berücksichtigt. Die Bewerber haben selbst dafür Sorge zu tragen, dass ihre Bewerbungsunterlagen rechtzeitig bei der

angegebenen Stelle eingehen. 4) Wichtig: Seit dem 18.10.18 besteht die Pflicht zur eVergabe. Die Kommunikation und die Abgabe der Teilnahmeanträge sowie der Angebote erfolgt gem. § 53 (1) VgV ausschließlich elektronisch über ein Vergabeportal (im vorliegenden Projekt über das Vergabeportal subreport). Die zum Download bereitgestellten Unterlagen sind auf www.subreport.de frei verfügbar. Um regelmäßig über Informationen/Rückfragen in Kenntnis gesetzt zu werden und für die Abgabe der Teilnahmeanträge, ist eine Registrierung erforderlich. Diese ist für die Bieter kostenfrei. Teilnahmeanträge oder Angebote, die nicht über subreport, sondern per E-Mail, schriftlich auf dem Postweg oder persönlich eingehen, werden ausgeschlossen. Es wird empfohlen, dass sich interessierte Bewerber/Bieter rechtzeitig mit den technischen Anforderungen des Vergabeportals vertraut machen. 5) Datenschutzklausel: Die vom Bieter erbetenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Soweit das Angebot eines Bieters den Zuschlag erhält, werden die übrigen Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Bieters, der den Zuschlag erhält, vor Zuschlagserteilung informiert. Der Bieter erklärt mit Abgabe des Angebots sein Einverständnis hiermit. 6) Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen. In diesem Fall erfolgt eine Bewertung der betreffenden Zuschlagskriterien anhand der vorab abzugebenden Präsentation und des ersten Honorarangebotes. Wenn der AG Verhandlungen führt, wird jeder Bieter zu einem Vergabegespräch eingeladen. 7) Die Präsentation und das indikative Angebot sind bis einschließlich 11. Juli 2025, 10:00 Uhr von denjenigen Bietern, die zur weiteren Teilnahme am Verfahren aufgefordert werden, einzureichen. Näheres wird das dazu versendete Aufforderungsschreiben enthalten. Die Einreichung der genannten Unterlagen einige Tage vor dem Verhandlungsgespräch ermöglicht dem Vergabegremium eine vorherige Befassung damit und ggf. ein gezieltes Nachfragen im Rahmen des Vergabegespräches. Für das finale Angebot werden maximal 5 Kalendertage zur Verfügung stehen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgl. -

2.1.5. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Höchstzahl der Lose, für die ein Bieter Angebote einreichen kann: 1

Auftragsbedingungen:

Höchstzahl der Lose, für die Aufträge an einen Bieter vergeben werden können: 1

2.1.6. Ausschlussgründe

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: Ausschlussgründe nach § 123 und § 124 GWB und die in § 6 VGV genannten Fälle.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Sanierung der techn. Infrastruktur und Verkehrswege der Justizvollzugsanstalt Saarbrücken, hier: Technische Infrastruktur (Elektrotechnik) Anlagengruppen 4-5

Beschreibung: Benötigt werden die Planungsleistungen der technischen Ausrüstung (Anlagengruppen 4-5) gemäß § 53 HOAI. Der vorliegende Auftrag umfasst die

Grundleistungen der Anlagengruppen 4. Starkstromanlagen und 5. Fernmelde- und

Informationstechnische Anlagen. Der Leistungsumfang in den einzelnen Anlagengruppen

ergibt sich im Rahmen des Projekts. Der vorliegende Auftrag umfasst die Grundleistungen der

folgenden Leistungsphasen gem. § 55 HOAI: - Lph 1: Grundlagenermittlung, - Lph 2: Vorentwurfsplanung, - Lph 3: Entwurfsplanung, - Lph 4: Genehmigungsplanung. Der Auftraggeber behält sich vor, folgende Leistungsphasen stufenweise zu vergeben: - Lph 5: Ausführungsplanung, - Lph 6: Vorbereitung der Vergabe, - Lph 7: Mitwirkung bei der Vergabe, - Lph 8: Objektüberwachung – Bauüberwachung und Dokumentation, - Lph 9: Objektbetreuung. Seitens des Auftragnehmers besteht kein Rechtsanspruch auf die Beauftragung weiterer Leistungsphasen bzw. auf eine Gesamtbeauftragung. Im Rahmen der Bewerbungsphase gibt es über die vorliegende Bekanntmachung und die auf subreport zur Verfügung gestellten Formblätter und Informationen keine weiteren Unterlagen, die angefordert werden können. Mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe wird den Bietern ein Vertragsentwurf zur Verfügung gestellt. Sonstige zu vergebende Leistungen sind nicht Bestandteil der vorliegenden Ausschreibung. Doppelbewerbungen im Rahmen der vorliegenden Ausschreibung für den zu vergebenden Auftrag der Planungsleistungen der Technischen Ausrüstung sind nicht zulässig. Mehrfachbewerbungen zu der vorliegenden Ausschreibung einzelner Bewerber oder einzelner Mitglieder einer Bewerbungsgemeinschaft können zum Ausschluss aller betroffenen Angebote führen, wenn dem Bewerber, der Bietergemeinschaft oder den betroffenen konkurrierenden Mitgliedsunternehmen oder Bietergemeinschaften der Nachweis, dass die fraglichen Angebote völlig unabhängig voneinander erstellt wurden, nicht gelingt. Teil der ausgeschriebenen Leistungen sind besondere Leistungen, nämlich die Überwachung der Mängelbeseitigung innerhalb der Verjährungsfrist, Lph 9.
Interne Kennung: E14576794

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Stufenweise Vergabe, s.u.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Justizvollzugsanstalt (JVA) Saarbrücken Lerchesflurweg 37

Stadt: Saarbrücken

Postleitzahl: 66119

Land, Gliederung (NUTS): Regionalverband Saarbrücken (DEC01)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 100 Monate

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Eigenerklärungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die folgenden Nachweise und Eigenerklärungen sind mit der Bewerbung vollständig vorzulegen. Details, die bei den Angaben zu berücksichtigen sind, siehe in den auf dem Vergabeportal zur Verfügung gestellten Formblättern. Bei Bewerbergemeinschaften (BG) sind die Formblätter von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft (einschließlich Nachunternehmern) ebenfalls an den entsprechenden Stellen auszufüllen. Ferner ist in diesem Fall eine Vollmachtserklärung für den Federführenden, eine Erklärung über die Rechtsform und die gesamtschuldnerische Haftung und eine Erklärung für das Vorhandensein einer Haftpflichtversicherung mit den geforderten Rahmenbedingungen für die Bewerbergemeinschaft/ARGE (Benennung des bevollmächtigten Vertreters der ARGE) mit den Bewerbungsunterlagen vorzulegen (siehe Formblatt). 1) Allgemeine Angaben zum Bewerber gem. Formblatt FB-1; es wird darauf hingewiesen, dass Mehrfachbewerbungen einzelner Bewerber oder von Mitgliedern einer BG zum Ausschluss aller betroffenen Angebote führen können. Bei Bewerbergemeinschaften ist zusätzlich FB-2 auszufüllen. 2) Eigenerklärung, dass keine Personen im Zuständigkeitsbereich des Bewerbers tätig sind, die zum Ausschluss von Personen nach § 6 VgV führen (FB-3). Vom Bewerber und allen Mitbewerbern zu unterzeichnen. 3) Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 123 (FB4-1) und § 124 GWB (FB-4.2) vorliegen. Vom Bewerber und allen Mitbewerbern zu unterzeichnen. 4) Eigenerklärung zu § 43 Abs. 1 VgV (FB-5); namentliche Nennung der vorgesehenen Leistungserbringer im Auftragsfall, gegliedert in Projektleiter, Stellvertreter des Projektleiters, Bauleiter und Projektingenieure unter Angabe der von ihnen im Auftragsfall bearbeitenden Teilleistungen. Im Falle von BG's ist zusätzlich die Zugehörigkeit der Person zu benennen. Für den im Auftragsfall Projektverantwortlichen/Projektleiter und seinen Stellvertreter ist mit der Bewerbung ein Nachweis der Befähigung für die vorliegende Aufgabenstellung (z.B. in Form von Kammernachweis, Diplom-, Masterurkunde, o.ä.) sowie eine Angabe zur Berufserfahrung von Projektleiter, Stellvertreter und Bauleiter (durch Eintrag in Formblatt) vorzulegen. 5) Angaben über die beabsichtigte Weitergabe des Auftrags oder eines Teils des Auftrags (sollte dies der Fall sein, muss im Auftragsfall eine Verpflichtungserklärung des Subunternehmens vorgelegt werden) (FB-6). 6) Eigenerklärung im Falle der Weiterbeauftragung, die weiteren Leistungsphasen gem. den vorgesehenen Vertragsstufen zu erbringen (FB-7). Vom Bewerber und allen Mitbewerbern zu unterzeichnen. 7) Eigenerklärung zum BMWK-Rundschreiben vom 14.04.2022 (Russland-Sanktionen) (FB-10). Vom Bewerber und allen Mitbewerbern zu unterzeichnen und mit Firmenstempel zu versehen. 8) Verpflichtungserklärung zur Tariftreue und fairen Löhnen (FB-11).

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Eigenerklärungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die folgenden Angaben/Eigenerklärungen sind mit der Bewerbung vollständig vorzulegen, bei BG's jeweils von allen Mitgliedern der BG bzw. Nachunternehmern. Die auf subreport zur Verfügung gestellten Formblätter sind für die Angaben zu verwenden. 1) Eigenerklärung, dass aktuell keine Steuerschulden bestehen (FB-8). 2) Eigenerklärung zum Vorhandensein der erforderlichen Berufshaftpflichtversicherung in der Höhe mind. 1.500.000 EUR für Personenschäden, mind. 1.000.000 EUR für Sonstige Schäden (FB-9). Sollte eine Versicherung in dieser Höhe nicht vorhanden sein, ist eine Eigenerklärung erforderlich, dass die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen angehoben wird. Weitere (durch Eigenerklärung) nachzuweisende Voraussetzung: Jährliche Maximierung der Ersatzleistung muss mindestens das Zweifache der

Versicherungssumme betragen. (Bei Bewerbergemeinschaften muss die Haftpflicht für die ARGE bzw. für ARGE-Leistungen vorgehalten werden). Die auf subreport zur Verfügung gestellten Formblätter sind für die Angaben zu verwenden. Zum Zeitpunkt der Abgabe der Bewerbungen/Angebote ist es ausreichend, dass der Bewerber/die BG die beiden o.g. Eigenerklärungen ausgefüllt und unterschrieben einreicht. Im Auftragsfall hat der Bewerber/die BG dafür Sorge zu tragen, die entsprechenden Nachweise (Fremdnachweise) mit dem unterschriebenen Vertrag beim Auftraggeber vorzulegen.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Referenzen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sind die o.g. Referenzen zu A-1 und A-2 vom Bewerber/der BG vorzulegen. Die Angaben zu den Referenzen sind in die zur Verfügung gestellten Formblätter einzutragen. Darüber hinaus gehendes Material (z.B. Referenzblätter, Planunterlagen, graphische Darstellungen, o.ä.) ist nicht erforderlich und wird nicht gewertet. Die Nennung von jeweils mindestens 1 Referenz zu dem Kriterium A-1 ist Mindestvoraussetzung für die Teilnahme am weiteren Verfahren. Gewertet werden maximal 2 Referenzen zu A-1. Zu Kriterium A-2 kann eine Referenz genannt werden (keine Mindestanforderung). Gewertet wird maximal 1 Referenz zu A-2. Es dürfen grundsätzlich mehr Referenzen als erforderlich genannt werden, in diesem Fall ist anzugeben, welche Referenzen gewertet werden sollen. Die übrigen aufgeführten Referenzen gehen dann nicht in die Wertung ein. Eine Bewertung erfolgt anhand des nachfolgend beschriebenen Kriteriums. Dieses wird bei der Bewertung der Bewerbungen im Teilnahmewettbewerb zugrunde gelegt: Grundsätzliche Voraussetzungen für die Wertbarkeit von Referenzen: - Vollständigkeit und Nachvollziehbarkeit der in den Formblättern abgefragten Angaben, - Bearbeitung der Maßnahme/des Projektes im Zeitraum von April 2015 bis zum Zeitpunkt der Bekanntmachung dieser Veröffentlichung (April 2025). Das Referenzprojekt muss in diesem Zeitraum begonnen und in Betrieb genommen worden sein. - Für Referenzen zu A-1 gilt, dass die Kosten der Kostengruppe 400 (nach DIN 276) mindestens 0,5 Mio EUR (netto) betragen haben. Auf die Angabe des Nettowertes in den Formblättern ist zu beachten. Eine Referenz, bei der die Angabe, ob die angegebenen Kosten der Kostengruppe 400 netto oder brutto sind, fehlt, ist nicht vollständig und führt dazu, dass die Referenz nicht gewertet werden kann. - Für die Referenz A-1 muss gelten, dass das erschlossene Gebiet eine Mindestgröße von 25.000 qm umfasste. Es wird darauf hingewiesen, dass die abgefragte Referenz nach A-1 eine Mindestreferenz ist, d.h. die Nennung von mind. 1 wertbaren Referenz ist Voraussetzung für die weitere Teilnahme am Verfahren; max. 2 wertbare Referenzen werden gewertet. A-1: Nachweis von Erfahrungen des Bewerbers mit der Bearbeitung der technischen Erschließung (bearbeitete Anlagengruppen 4 und 5) bestehender, komplexer, dicht bebauter Bereiche, die im laufenden Betrieb umgesetzt wurde. D.h., die Nutzung des Areals musste während der Maßnahme weiterbetrieben werden können (bis auf geringe Ausfallzeiten). Vergleichbar sind folgende Kategorien (Mindestgröße 25.000 qm, s.o.), auf die die vorgenannten Parameter zutreffen: Technische Erschließung (Bearbeitung mind. Agr 4-5) einer Justizvollzugsanstalt, Jugendstraf- oder Jugendarrestanstalt, Untersuchungshaftanstalt, Anstalt für den Maßregelvollzug; komplexes, dicht bebautes Krankenhausareal, komplexes, dicht bebautes Industriegebiet (die Erschließung von Gewerbegebieten sind nicht vergleichbar und werden nicht gewertet). Mindestens 1 wertbare Referenz zu A-1 ist zu benennen. Es können maximal 2 Referenzen zu A-1 für die Agr 4 und 5 mit jeweils 15 Punkten gewertet werden. Die Erfahrungen für die bearbeiteten Anlagengruppen können mit getrennten Referenzen nachgewiesen werden. Sofern die beiden Anlagengruppen in einer Referenz bearbeitet wurden, können für die

betreffenden Referenzen jeweils 1 Zusatzpunkt erreicht werden. Maximal zu erreichende Punktzahl bei A-1: 2x15 Punkte + 2x1 Zusatzpunkt = max. 32 Punkte A-2: Nachweis des Bewerbers über Erfahrungen mit der Planung und Realisierung von Projekten für öffentliche Auftraggeber oder mit Projekten, bei denen im Zuge der Bearbeitung öffentliches Vergaberecht anzuwenden war. Gewertet wird max. 1 Referenz mit 5 Punkten (keine Mindestreferenz). Maximal zu erreichende Punktzahl bei A-1: 5 Punkte Insgesamt max. erreichbare Punktzahl: 37

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: 1 Herangehensweise an das Projekt und an die Aufgabenstellung im Auftragsfall/ Vorstellungen zum Umgang mit der speziellen Planungsaufgabe, insbesondere zu Sicherungsmaßnahmen zur Gewährleistung des uneingeschränkten Betriebs der JVA während der Auftragsausführung; Vorstellungen zur vorgesehenen Projektstruktur und zur Projektorganisation bzw. zum Projektablauf, interne/externe Kommunikation; Gewichtung 50 (Aufteilung auf Unterkriterien siehe Anhang_Eignung-und-Zuschlagskriterien)

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: 2 Personelle Besetzung; Projektleiter, Stellvertretender Projektleiter, Bauleiter: deren Fachkunde, deren Erfahrungen mit den hier gestellten Aufgaben und deren Eindruck in der persönlichen Präsentation; Personaleinsatzplanung; Gewichtung 25

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: 3 Vorgesehene Maßnahmen der Kosten und Terminkontrolle; Gewichtung 5

Kriterium:

Art: Preis

Beschreibung: 4 Honorar, Gewichtung 20

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E14576794>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Sicherheitsüberprüfung ist erforderlich

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E14576794>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 02/06/2025 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 3 Monate

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Eine Nachforderung von Unterlagen nach Fristablauf ist nicht ausgeschlossen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Ja

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammern des Saarlandes beim Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie

Informationen über die Überprüfungsfristen: Es gelten d. Vorschriften der §§ 97 ff. GWB. Auf die Rügeobliegenheit des Bieters gem. § 160 Abs. 3 GWB innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen und die Unzulässigkeit eines Nachprüfungsantrages bei Versäumung der Rügefrist wird ausdrücklich hingewiesen. Die Vergabekammer leitet ein

Nachprüfungsverfahren nur auf schriftlichen Antrag ein. Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Abs. 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. Der Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit: 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrages erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt, 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: agstaUMWELT GmbH

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: agstaUMWELT GmbH

Beschaffungsdienstleister: agstaUMWELT GmbH

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: agstaUMWELT GmbH

Registrierungsnummer: Berichtseinheit-ID 00012677

Postanschrift: Haldenweg 24

Stadt: Völklingen

Postleitzahl: 66333

Land, Gliederung (NUTS): Regionalverband Saarbrücken (DEC01)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabe@agsta.de

Telefon: +49 68989339900

Internetadresse: <https://www.agsta.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffungsdienstleister

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Das Saarland, vertr. durch das Ministerium für Inneres, Bauen und Sport, vertr. durch das Landesverwaltungsamt (LAVA), Abt. 4 SHB – Staatliche Hochbaubehörde

Registrierungsnummer: 10000000-00103320000001-85

Postanschrift: Hardenbergstr. 6

Stadt: Saarbrücken

Postleitzahl: 66119

Land, Gliederung (NUTS): Regionalverband Saarbrücken (DEC01)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Verfahrensbetreuung/-begleitung für das Landesverwaltungsamt des Saarlandes durch die agstaUMWELT GmbH; Kommunikation, Teilnahmeanträge und Angebote ausschließlich über subreport

E-Mail: vergabe@agsta.de

Telefon: +49 68989339900

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammern des Saarlandes beim Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie

Registrierungsnummer: 10000000-00108010000001-47

Postanschrift: Franz-Josef-Röder-Straße 17

Stadt: Saarbrücken

Postleitzahl: 66119

Land, Gliederung (NUTS): Regionalverband Saarbrücken (DEC01)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabekammern des Saarlandes

E-Mail: vergabekammern@wirtschaft.saarland.de

Telefon: +49 6815014994

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: a80acea8-0950-4477-9c34-a346116039a6 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 29/04/2025 11:00:08 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 285146-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 85/2025

Datum der Veröffentlichung: 02/05/2025